

Neue Solidarität-Sonderdruck

REIHE A

3. Erziehung zur Freiheit

Eine Zusammenstellung von Artikeln aus *Neue Solidarität*

Zusammengestellt im April 2002

3. Erziehung zur Freiheit

Aus *Neue Solidarität* Nr. 27-36/2001

Zur Frage der Erziehung

VON LYNDON H. LAROCHE

Der folgende Aufsatz erschien im englischen Original am 8. November 1999. Der amerikanische Politiker Lyndon LaRouche definiert darin die Grundzüge seiner Bildungspolitik, die sich in Übereinstimmung mit den sozialstaatlichen Zielen der amerikanischen Verfassung befinden müsse. In dieser Übersetzung (in 9 Folgen in Neue Solidarität veröffentlicht) wurde das speziell auf die USA abzielende 1. Kapitel durch eine allgemeinere Einleitung ersetzt.

1. Einleitung

Vor einiger Zeit erklärte der ehemalige Bundespräsident Herzog die Bildungsfrage zum „Megathema“. Doch bisher hat die breitere Öffentlichkeit von dieser Debatte wenig mehr vernommen als stereotype Vorstöße zur Verkürzung der Schulzeit auf zwölf Jahre oder die Einführung des Schulsporing durch Geschäftsunternehmen als Patentrezept gegen leere Kassen, und daneben hochfliegende Heilerwartungen, die dem Internetanschluß der Schulcomputer entgegengebracht werden.

Kaum oder gar nicht öffentlich diskutiert wird hingegen über den Inhalt der schulischen Erziehung und was geändert werden muß, um die mehr als unbefriedigenden Ergebnisse der heutigen Bildungsprozedur zu verbessern. Nach allen vorliegenden Vergleichsstudien zu urteilen, werden diese Ergebnisse zunehmend schlechter statt besser – ganz abgesehen von den Schreckensmeldungen über Mordtaten von Schülern gegen Lehrer oder Mitschüler, die wohl als Symptom einer umfassenden, sich von Generation zu Generation vertiefenden kulturell-moralischen Krise aufzufassen sind.

Nun hat in den USA der Wissenschaftler und demokratische Präsidentschaftsbewerber Lyndon LaRouche die Erziehungsfrage zum Thema gemacht und in einem ausführlichen Memorandum dargelegt, welche Ideen ein Bildungswesen prägen müssen, wenn daraus schöpferische Menschen und tüchtige Staatsbürger hervorgehen sollen. Dies Dokument, das durchaus universellen Charakter hat und sich nicht nur auf die amerikanische Situation bezieht, wird hier (leicht gekürzt) veröffentlicht.

Im ersten Kapitel, das wir durch diese Einleitung zur deutschen Fassung ersetzen, beschreibt LaRouche konkret auf den amerikanischen Staat bezogene Aspekte seiner Bildungspolitik. Sie folge in ihren Grundprinzipien der Gemeinwohlklausel der amerikanischen Verfassung und in ihrer praktischen Durchführung dem Subsidiaritätsprinzip, das er so umschreibt:

„Während die Prinzipien der Erziehung darauf ausgerichtet sein müssen, künftige Staatsbürger unserer Verfassungsrepublik so auszubilden, wie es der Charakter unseres

föderalen Staatswesens erfordert, liegt die tagtägliche Verwaltung des Schulwesens entweder bei den Bundesstaaten oder örtlichen Behörden, die nach Richtlinien bundesstaatlicher Behörden handeln ... Im Bereich der Erziehung wie in anderen Bereichen auch hat die Bundesregierung die Grundrechte der einzelnen Bürger zu schützen, wo immer und wenn immer die Regierung eines Bundesstaates nicht willens oder wegen fehlender Mittel nicht in der Lage sein sollte, diesen Rechten nachzukommen, einschließlich des Rechts auf eine qualitativ hochstehende Erziehung, die jedem einzelnen Bürger zusteht.“

Private Bildungseinrichtungen will LaRouche auch weiterhin zulassen. Aber „wenn vorhandene öffentliche Bildungsprogramme nicht ausreichen oder auf andere Weise mangelhaft sind, sollte dieser Zustand behoben werden und nicht zum Vorwand dienen, von dem Grundsatz abzuweichen, daß der Schulunterricht der Primar- und Sekundarstufe vorrangig an öffentlichen Schulen stattfinden sollte ... Auf der Ebene der Colleges, Universitäten und höheren Bildungseinrichtungen sollte es in bewährter Weise eine Palette von Instituten der Bundesregierung, der Bundesstaaten oder privaten Einrichtungen geben, die jedoch unter gesetzlicher Aufsicht stehen müssen. Dennoch sollten sowohl die Bundesregierung als auch die Bundesstaaten auf allen Unterrichtsebenen weiterhin die nützliche Rolle privater Bildungseinrichtungen, wie etwa Gemeindeschulen anerkennen, die bereit sind, bestimmte allgemein akzeptierte gemeinsame Standards bezüglich Lehrplan und Unterrichtsmethoden zu erfüllen. Solche Standards müssen sich auf die klassische Herangehensweise stützen, weil diese die schöpferischen Kräfte des individuellen Schülers am besten kultiviert.“

Zu Beginn des nun folgenden zweiten Kapitels beruft LaRouche sich auf die amerikanische Unabhängigkeitserklärung. Diese ist nicht nur ein Grundsatzdokument der amerikanischen Geschichte und staatsbürgerlichen Bildung, sondern zugleich ein Stück Weltliteratur, das jenem Amerika und jener amerikanischen Kultur Ausdruck gibt, für die der Staatsmann LaRouche steht.